

SGCI
SSIC

Schweizerische Gesellschaft für Chemische Industrie
Société Suisse des Industries Chimiques
Società Svizzera delle Industrie Chimiche
Swiss Society of Chemical Industries

Postfach: 8035 Zürich
Büro: Nordstrasse 15
Telefon: 01-363 10 30
Telefax: 01-363 10 18
Telex: 817 028 sgci ch
Telegramme: Chimsuisse
Postcheckkonto: 80-37157-6

Bundesamt für Aussenwirtschaft	
No.	
EE	787.0.3
R	- 3. OKT. 1990
Name an	
	3003 Bern

Bundesamt für
Aussenwirtschaft
z.H. Herrn
Botschafter D. de Pury
Bundeshaus Ost

WAS

Ihre Ref.
Unsere Ref. Mo/sz/II 3.3
Sachbearbeiter Dr. B. Moser

Zürich, 2. Oktober 1990

Uruguay-Runde des GATT: Stellungnahmen der chemischen Industrie

Sehr geehrter Herr Botschafter

Die chemische Industrie ist vital auf einen erfolgreichen Abschluss der laufenden GATT-Runde angewiesen. In verschiedenen kürzlich stattgefundenen Pressekonferenzen hat sie diese Aussage auch in der Öffentlichkeit dokumentiert und versucht, mit eigenen Positionspapieren zum Gelingen der Runde beizutragen. Zu Ihrer Information erlauben wir uns, Ihnen beiliegend die Pressedokumentationen zu der gemeinsamen CEFIC/CMA-Pressekonferenz vom 27. September 1990 in Genf und zur SGCI-Pressekonferenz vom 13. September in Zürich zuzustellen.

In der Hoffnung, dass diese Unterlagen Ihr Interesse finden werden, verbleiben wir

mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHE GESELLSCHAFT
FÜR CHEMISCHE INDUSTRIE

A. Ulmer

Beilage

z K an
- VORORT
- VSM

Die schweizerische chemische Industrie im Herbst 1990

Referat von Dr. Albert Bodmer, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Chemische Industrie (SGCI) und Vizepräsident des Verwaltungsrates der Ciba-Geigy AG, anlässlich der SGCI-Herbstpressekonferenz vom 13. September 1990

Sehr geehrte Damen und Herren

Vor einem Jahr konnte ich Ihnen an dieser Stelle über einen sehr erfreulichen Geschäftsgang in der chemischen Industrie berichten, der uns mit Zuversicht in die Zukunft blicken liess. Allerdings machte ich Sie auch auf einige Entwicklungen aufmerksam, die uns Sorgen bereiteten: nämlich die Verlangsamung des internationalen Wirtschaftswachstums und den weiteren Teuerungsanstieg. Beides ist leider eingetreten! Darüber hinaus hat auch der Schweizerfranken in letzter Zeit deutlich an Wert zugenommen, was in den konsolidierten Umsätzen unserer Industrie - wie Sie wissen - jeweils deutliche Spuren hinterlässt. Aber auch die Ereignisse in Osteuropa und in der Golfregion haben unser Umfeld verändert und werden es voraussichtlich auch weiter noch tun. Vor diesem Hintergrund fällt mein heutiger Lagebericht weniger positiv aus als vor Jahresfrist.

Der Geschäftsgang in der chemischen Industrie hat sich im ersten Halbjahr 1990 zufriedenstellend entwickelt. Als Folge der internationalen konjunkturellen Beruhigung und der Erstarkung des Schweizerfrankens hat sich das Exportwachstum gegenüber dem Vorjahr deutlich abgeschwächt. Im ersten Halbjahr erhöhten sich die Exporte chemischer Produkte nominell nur noch um 6,1 %, während sie in der Vorjahresperiode noch 14,1 % zulegen konnten. Die Stagnation der Umsätze in Schweizerfranken ist in diesem Umfeld nicht überraschend. Der SGCI-Umsatzindex ging im 2. Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal leicht um 0.9 % zurück. Dennoch blieben die Produktionskapazitäten gut ausgelastet, so dass gewisse Lieferengpässe nicht vermieden werden

konnten. Für die wichtigsten Sparten lässt sich der Geschäftsgang etwa wie folgt nachzeichnen.

Für die Sparte der pharmazeutischen Erzeugnisse darf der Geschäftsgang im ersten Halbjahr gesamthaft als zufriedenstellend bezeichnet werden. Die Zuwachsraten in lokalen Währungen bewegten sich mit 10 - 20 % auf Vorjahresniveau. Der Pharmasektor weist mit Exporten von 4,13 Mrd. Fr. und Importen von 1,03 Mrd. Fr. einen Positivsaldo von mehr als 3 Milliarden Schweizerfranken auf. Demgegenüber schloss der gesamte schweizerische Aussenhandel bekanntlich mit einem Negativsaldo von 5,3 Mrd. Fr. ab.

In der Sparte organische Basischemikalien und Zwischenprodukte stagniert die Produktion auf hohem Niveau und ist sektoriell sogar rückläufig. Beim Geschäft mit organischen Zwischenprodukten und Wirkstoffen mussten in den vergangenen Monaten Einbussen hingenommen werden. Die Halbjahresergebnisse liegen mengen- und preisbedingt unter den Erwartungen. Demgegenüber ist die Geschäftslage bei den Feinchemikalien gut. Die Mehrprodukte-Anlagen sind in hohem Masse ausgelastet.

Für die Sparte Farbstoffe, Pigmente und Technische Applikationsmittel hat sich nach einem günstigen ersten Quartal in den letzten Monaten eine deutliche Abschwächung der Nachfrage eingestellt. Trotzdem ist immer noch eine hohe Auslastung der Produktionskapazitäten zu verzeichnen. Lieferengpässe für bestimmte Positionen konnten noch nicht ausgeglichen werden. - Die ausgeprägte Abwertung des US-Dollar und die anhaltende Schwäche des Yen haben die Exporte in diese Märkte stark beeinflusst.

In der Sparte der Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel entwickelte sich das Exportgeschäft leicht rückläufig, gingen doch die Umsatzzahlen in Schweizerfranken gegenüber dem 1. Semester 1989 um 5,5 % zurück, während die währungsbereinigten Werte noch ein mässiges Wachstum aufweisen. Gesamthaft muss im Agrogeschäft berücksichtigt werden, dass sich diese

Sparte nach wie vor in einer Umbruchphase befindet. Die Tendenz geht weiter in Richtung integrierter Pflanzenschutz sowie in Richtung innovative Produkte mit geringerer Ausbringung. Dies führt allgemein zu einer Verflachung der Umsätze.

Die ausführlichen Spartenberichte hat Ihnen der SGCI-Informationdienst vorgängig zur Pressekonferenz zukommen lassen. Die hier anwesenden Spartenvertreter sind gerne bereit, Ihnen dazu mögliche offene Fragen im Anschluss an meine Ausführungen zu beantworten.

Meine Damen und Herren , wenn ich einen kurzen Blick auf die Branchenaussichten für die zweite Jahreshälfte wage, so muss ich gleich vorausschicken, dass ich kein Prophet bin und Ihnen im heutigen turbulenten Zeitgeschehen keine verlässliche Konjunkturprognose vorlegen kann. Eines scheint mir jedoch sicher zu sein: das konjunkturelle Umfeld unserer Industrie wird sich verschlechtern. Die seit langem erwartete Konjunkturverflachung dürfte sich als Folge der Golfkrise und der Entwicklungen in den osteuropäischen Länder durch international steigende Inflationsraten und anziehende Zinsen noch verstärken. Es wird den Unternehmen unserer Branche nicht möglich sein, diese dämpfenden Effekte kurzfristig durch operationelle Verbesserungen aufzufangen.

Gestatten Sie mir nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass ich mich einem wichtigen Aussenwirtschaftsthema zuwende, das für die Zukunft unserer Industrie von weitreichender Bedeutung ist.

Im Zentrum der öffentlichen Diskussion zur Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes standen in den letzten Monaten zweifellos die EWR-Verhandlungen bzw. die schweizerische Haltung zum neu entstehenden Europa. Wie Sie sich sicher erinnern, hat die SGCI anlässlich einer Pressekonferenz im April dazu eindeutig Stellung bezogen, und zwar auf der Grundlage einer eingehenden Studie. Ich möchte deshalb dieses Thema hier nicht vertiefen, sondern Ihnen nur in Erinnerung rufen, dass unsere Industrie

nach wie vor an einem Abkommen mit der EG interessiert ist, das die grenzüberschreitenden Freiheiten weitgehend realisiert und der Schweiz ein angemessenes Mitspracherecht bei der Weiterentwicklung der entsprechenden Rechtsgebiete zusichert.

Weit weniger Beachtung als die Europapolitik der Schweiz findet in der schweizerischen Oeffentlichkeit ein Thema, das für unsere Industrie von mindestens gleicher, wenn nicht sogar noch grösserer Bedeutung ist: ich meine die kurz vor dem Abschluss stehende Uruguay-Runde des GATT. Die Wichtigkeit dieser Verhandlungen für unsere Industrie - und für die schweizerische Wirtschaft überhaupt - beruht m.E. auf drei Gründen, die ich nachstehend kurz erläutern möchte.

Zuerst scheint es mir wichtig, Ihnen die internationale Verflechtung unserer Industrie nochmals vor Augen zu führen (Folien!), damit Sie die wirtschaftliche Bedeutung des Geschäftes mit den europäischen Ländern richtig einschätzen können. Nicht weniger als 40 % der Exporte der schweizerischen chemischen Industrie gehen nicht in die Länder des neu zu schaffenden Europäischen Wirtschaftsraums EWR, sondern werden nach der ganzen Welt geliefert. Mehr als die Hälfte der konsolidierten Umsätze der drei grossen Basler Firmen werden ausserhalb Europas erwirtschaftet. Und fast die Hälfte des weltweit von der schweizerischen chemischen Industrie beschäftigten Personals hat seinen Arbeitsplatz ausserhalb Europas. Aus dieser Sicht darf also festgestellt werden, dass die Länder Europas für unsere Industrie wirtschaftlich zweifellos wichtig sind; die Märkte der übrigen Weltregionen sind aber genauso bedeutend und verdienen unsere volle Aufmerksamkeit.

Zweitens sei daran erinnert, dass die Schweiz auch in wirtschaftlicher und handelspolitischer Hinsicht ein Kleinstaat ist. Falls in der internationalen Handels- und Wirtschaftspolitik der seit einigen Jahren feststellbare Trend zu bilateralen Lösungen sich verfestigen würde, könnte unser Land - und damit auch unsere Branche - nur als Verlierer dastehen. Im internationalen Muskelspiel wirtschaftlicher Potenz können wir

nicht mithalten. Wir brauchen klare Regeln, an die sich alle Länder - ob gross oder klein - halten und die notfalls auch durchgesetzt werden können. Solche Regeln können nur im Rahmen des GATT geschaffen und angewendet werden.

Drittens scheint mir wichtig, die enge Verknüpfung der GATT-Verhandlungen mit den EWR-Verhandlungen zu betonen. Die EG als defacto-Vertragspartei des GATT hat sich in den letzten Jahren unermüdlich dazu bekannt, die international geschaffenen Regeln des GATT anzuwenden und einzuhalten. Bei den GATT-Verhandlungen erzielte Fortschritte werden damit auch die Ausgangslage in den EWR-Verhandlungen verbessern. Umgekehrt könnte ein Scheitern der GATT-Runde auch die schweizerische Position in den europäischen Verhandlungen schwächen.

Aus diesen drei dargelegten Ueberlegungen kommt der laufenden GATT-Runde eine entscheidende Bedeutung für die zukünftige Entwicklung des internationalen Umfeldes unserer Industrie zu. Entsprechend aufmerksam verfolgt die SGCI seit Beginn der Verhandlungen vor 4 Jahren den Fortgang der Gespräche. Im Verlaufe der Jahre hat sie zu einer grossen Zahl einzelner Verhandlungsthemen ausführliche Stellungnahmen ausgearbeitet und auf verschiedenen Wegen in den Verhandlungsprozess eingebracht. An dieser Stelle scheint es mir angebracht, der schweizerischen Verhandlungsdelegation für die immer angenehme und konstruktive Zusammenarbeit zu danken. Eine besondere Aktivität entfaltete die SGCI allerdings auch ausserhalb der Schweiz im Rahmen ihrer Vollmitgliedschaft beim europäischen Chemieverband CEFIC. In den für unsere Industrie zentralen Themen wie Marktzutritt, Schutz des Geistigen Eigentums und Schutzklauseln hat diese Zusammenarbeit sogar noch weitere Kreise gezogen, indem die Positionen jeweils auch mit dem amerikanischen Chemieverband und dem kanadischen Verband abgestimmt worden sind. Mehrmals wurden diese gemeinsamen Stellungnahmen in Gesprächen und Präsentationen wichtigen Verhandlungsdelegationen vorgestellt. Im wesentlichen verfolgt die chemischen Industrie der erwähnten Länder gemeinsam drei Zielsetzungen:

Erstens sollen die Verhandlungen das multilaterale Handelssystem des GATT durch die Präzisierung bestehender Regeln transparenter und in seinen Wirkungen besser vorhersehbar gestalten. Zu diesem Zweck sind in erster Linie der Streitbeilegungsmechanismus, die Schutzmassnahmen und die Antidumping- sowie Subventionsbestimmungen zu revidieren. Damit sollen die sog. 'grey area measures' zum Verschwinden gebracht werden, also jene für die Industrie kaum vorhersehbaren Massnahmen, die ein Land unilateral und 'halblegal' verfügt.

Zweitens soll die GATT-Runde den Marktzugang zu gewissen ausländischen Märkten verbessern. Dazu sollen Zollsenkungen von rund einem Drittel des heutigen Zollsatzes und der Abbau verschiedener nicht-tarifärer Handelshemmnisse - wie beispielsweise der Importlizenzsysteme beitragen. Teilweise sollen aber auch neue und einheitliche Regelungen - z.B. für Preshipment-Kontrollen - geschaffen werden.

Drittens - und dies hat für die innovative schweizerische chemische Industrie besondere Bedeutung - sollen spezielle GATT-Regelungen erlassen werden, welche einen möglichst umfassenden internationalen Schutz des Geistigen Eigentums (also der Patente, der Marken und der Geschäftsgeheimnisse) sicherstellen. Die enormen Aufwendungen zur Entwicklung neuer Produkte - beispielsweise eines neuen Medikaments - lohnen sich nur, wenn das Produkt wenigstens während der verbleibenden Patentlaufzeit nicht kopiert werden darf. Nur auf diese Weise kann es unserer Industrie weiterhin gelingen, ihre Forschungsausgaben aus den erwirtschafteten Erträgen selbst zu finanzieren.

Auf einen Nenner gebracht: die international tätige schweizerische chemische Industrie ist an einem erfolgreichen Abschluss der multilateralen GATT-Runde vital interessiert. Es erfüllt uns deshalb mit einiger Sorge, wenn wie im letzten Dezember mit der Preiserhöhung für Kartoffeln selbst der Bundesrat gegen internationale GATT-Verpflichtungen verstösst und damit die Position der schweizerischen Verhandlungsdelegation

SGCI-Pressekonferenz vom 13.9.90, Referat Dr. A. Bodmer - 7 -

erschwert. Noch vor die "Europafähigkeit" sollte unseres Erachtens die "GATT-Fähigkeit" schweizerischer Vorschriften und Entscheide gestellt werden! In diesem Zusammenhang vertritt die chemische Industrie im übrigen auch die Auffassung, die schweizerische Landwirtschaftspolitik sei eingehend auf ihre GATT-Fähigkeit hin zu überprüfen und grundlegend zu reformieren. Wir sind überzeugt, dass die Zeichen der Zeit von den zuständigen Stellen erkannt worden sind.

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, dass ich nun das Wort Herrn Dr. Ulrich übergebe. Er wird aus Sicht der SGCI zu zwei wichtigen nationalen Themen Stellung nehmen, die für die Entwicklung unserer Branche von grosser Bedeutung sind.

Zürich, 30. August 1990

PRESS RELEASE

Geneva, 27th September 1990

GATT: WORLD CHEMICAL INDUSTRY LOOKS FORWARD
TO A SUCCESSFUL OUTCOME

Representatives of four major chemical trade associations representing the chemical industries of Canada, Europe, Japan and the United States, today outlined their objectives and expectations for the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations. In a press conference held in Geneva, Switzerland, Dr. Winfried MEIER (European Chemical Industry Federation - CEFIC), stated that the world chemical industry is committed to supporting a successful conclusion to the Round in Brussels, December 1990).

Accompanied by Mr. Muneto ITODA (Japan Chemical Industries Association), Mr. James LAMBIE (Canadian Chemical Producers' Association) and Ms. Nancie JOHNSON (Chemical Manufacturers Association and Synthetic Organic Chemical Manufacturers Association - USA), Dr. MEIER outlined the areas the chemical industry considers crucial to success in the Uruguay Round. In the wake of recent developments in the Middle-East, which could exert powerful pressure on world trade and further reduce economic expansion, it is incumbent upon the GATT negotiators to ensure a positive comprehensive result.

Dr. MEIER highlighted the following areas (alphabetical order) :

ANTI-DUMPING : Keep a strong and effective Code to combat unfair pricing practices.

DISPUTE SETTLEMENT : Obtain a mechanism that yields an effective, timely and predictable resolution to trade disputes.

INTELLECTUAL PROPERTY : Adequate and effective GATT protection for intellectual property, including product and process patents and trade secrets.

INVESTMENTS : Boost trade and investment by disciplining distortive trade-related investment measures.

MARKET ACCESS : Achieve reduction of non-tariff measures, and ensure greater access in return for tariff reductions.

PRESHIPMENT INSPECTION : Agree on GATT rules to govern the activities of pre-shipment inspection (PSI) agencies.

SAFEGUARDS : Obtain a workable mechanism that obviates the needs for "grey-area" measures outside GATT.

SUBSIDIES : Improved rules to govern subsidies and provide accepted means for resolving disputes.

E N D

JOINT POSITION STATEMENT OF CCPA, CEFIC, CMA, ICIA AND SOCMA
THE URUGUAY ROUND OF MULTILATERAL TRADE NEGOTIATIONS

Major chemical industries of the world, represented by the associations endorsing this statement, are committed to supporting a successful conclusion to the Uruguay Round of multilateral trade negotiations in December this year. The industry relies for its continuing prosperity on an open and free trade regime. The chemicals business is based heavily on trade, is world-wide in scope and is free from 'grey-area' or other protectionist measures. This gives the chemical industry a unique evenhanded basis from which to judge the development and application of the GATT Codes.

The chemical industries, like other sectors, have elements that they consider crucial to a successful outcome. The price of failure could be reduced access to foreign markets, increased demand for protectionism at home and the formation of exclusionary trading blocs and bilateral trade agreements. Only a few months remain to reach satisfactory agreements on further trade liberalisation, on extending the competence of the GATT, and on restoring and better defining GATT disciplines.

Therefore the chemical industries of Canada, Europe, Japan, and the United States urge the contracting parties of GATT to reinforce their commitment to the negotiations and demonstrate the combined political will to reach a series of comprehensive agreements. Furthermore, the chemical industries believe that the success of the Uruguay Round requires the participation of all countries and a willingness on the part of all business sectors to accept world-wide market competition based on GATT disciplines. It is not protectionism, but global liberalisation of trade that leads to the long-term prosperity of nations. The Uruguay Round gives the international business community an excellent opportunity to achieve a balanced package of improvements in the rules of international trade. A successful outcome to the Uruguay Round will help to promote free and fair trade for all Contracting Parties.

The issues critical to the companies represented by these associations are detailed in the attached papers. These indicate actions that the chemical industries believe will result in substantial market opening and better rules in the fields of dispute settlements, anti-dumping, subsidies, safeguards, intellectual property rights and investment measures. The chemical industries will consider the Uruguay Round a success to the extent that the results outlined are achieved.

We recognise that coverage of trade in agriculture, services and textiles is crucial for a successful outcome to the Uruguay Round. All industry groups, including the chemical industry will fail to realise their own objectives if agreement is not reached in these areas. Achieving a balance among all the areas being negotiated will be essential in getting agreement from a maximum number of the GATT Contracting Parties to the final Uruguay Round package.

The recent developments in the Middle-East and the resultant rapid escalation in the price of oil and petroleum-based products could exert a powerful pressure on world trade and further reduce economic expansion. Many developing countries and the emerging market economies of Central and Eastern Europe will be the first to feel the impact of these events. The overall impact of the current instability in the Gulf region is to highlight the need for a successful outcome to the Uruguay Round and for the benefits to world trade which will follow.

The chemical industries of Canada, Europe, Japan and the United States call upon all contracting parties to play a full part in the Uruguay Round negotiations and show the political will to ensure a comprehensive and successful result in Brussels in December 1990.

27 September 1990

ANTI-DUMPING CODE

CHEMICAL INDUSTRY COMMENTS ON THE CHAIRMAN'S TEXTS

For the chemical industry the Anti-dumping Code is an essential instrument for the defence of fair trade - but it must be balanced in its treatment of exporters and importers.

An anti-dumping instrument will be required so long as markets depart from the economic ideal; however the chemical industry views the Code and dependent national legislation as a means to counter specific unfair trade practices.

The industry's basic position is that the GATT code on anti-dumping should be transparent, should primarily address issues on a neutral basis and should be applicable on a consistent basis worldwide. In view of this, we are strongly committed to the maintenance of essential elements of the current code, while recognising the need to improve the Code's precision (to minimise the variation in implementation worldwide) and to take into account new trade practices (circumvention).

The following areas of concern remain for the chemical industry :

1. Determination of Dumping
 - i) Industry considers that the existing texts of Article VI and of the present Code should be retained. The investigating authority must have the ability to select the most commercially appropriate method of calculation.
 - ii) Proposals to permit dumping during periods of start-up and of cyclical business downturn are unacceptable.
2. Determination of Injury
 - i) The industry finds the existing Code text adequate to enable authorities to address the issue of price leadership.
 - ii) Questions of anti-competitive behaviour by complainant producers should not be addressed by the Anti-dumping Code because they are already covered by existing Competition law in most countries.

3. Circumvention

The chemical industry accepts the need for the Code to address this issue, but is concerned that the definition of 'components' may unjustifiably penalize the industry. The concept of input dumping could inhibit the chemical industry from carrying-out physical and chemical finishing and fabricating operations on an effective international basis.

4. Other Issues

The Code should provide for the practical possibility of bringing regional dumping cases.

27 September 1990

DISPUTE SETTLEMENT

CHEMICAL INDUSTRY COMMENTS ON THE CHAIRMAN'S REPORT

The chemical industry welcomes the report presented by the Chairman of the GATT Negotiating Group on Dispute Settlement to the Trade Negotiations Committee. The report sets a framework for an effective resolution of disputes and contains solutions, which, if accepted, will provide the GATT with the dispute settlement it needs.

An effective, timely and predictable dispute settlement system will contribute to the proper functioning of the GATT rules. However, such a system cannot stand alone, it requires a framework of sound substantive rules.

The industry needs GATT rules which are enforceable. The Contracting Parties should not be able to block GATT decision making by blocking the establishment of panels or the adoption and implementation of their reports. Since the report contains sufficient procedural guarantees, automatic adoption and implementation of panel reports is warranted. Also, procedural guarantees should not delay the process. We therefore suggest that the time-limits of the mid-term review agreement on dispute settlement should apply as maximum limits, including the panel and appellate review.

The negotiations should furthermore prevent a fragmentation of the dispute settlement system and produce universal dispute settlement rules. The same broad set of rules and procedures should apply to both the GATT and its Codes and any new agreements. Special rules should only be permitted if they are essential for that specific substantive issue.

The industry's remaining concerns about this issue are as follows :

A. PANEL REPORTS

The current text which provides for improved procedural guarantees (review of the panel process and the possibility for appeal) should lead to a more automatic and speedy adoption of reports by the Council. It is essential that individual parties should not have the ability to block adoption of a report - the text should spell this out clearly. A rule for automatic adoption of a report by the Council following the rejection of an appeal is also necessary. Panels should include industry experts.

B. APPELLATE REVIEW

The appeal procedure must not cause unnecessary delay and should not undermine the panel process. The appeal body must be empowered to accept or reject an appeal for a review. Towards this end, the text should include appropriate guidelines. Appellate decisions should be accepted automatically by the Council.

C. IMPLEMENTATION

Contracting parties should not be allowed to delay implementation of panel findings with impunity. The Council should set time-limits for implementation when accepting panel reports and appellate decisions. Failure to comply should lead to proportional retaliation, preferably in the same industrial sector.

27 September 1990

TRADE-RELATED ASPECTS OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS

CHEMICAL INDUSTRY COMMENTS ON THE CHAIRMAN'S REPORT

The chemical industry has a vital stake in the ongoing negotiations to achieve a TRIPs agreement that will provide adequate and effective international protection for intellectual property rights. A comprehensive TRIPs agreement should become an integral part of the GATT.

We recommend that principal supporters of a TRIPs agreement cooperate to eliminate remaining differences between themselves so as to allow the time remaining to be devoted to encouraging support for and participation in a prospective TRIPs agreement by the largest possible number of GATT Contracting Parties.

The principles of MFN and National Treatment are cornerstones of the GATT. The chemical industry would agree to any language which fully incorporates these principles into the TRIPs agreement. These principles should apply to all parties to the TRIPs agreement and exceptions to them must be limited to extraordinary circumstances.

More specifically we have identified the following critical issues, which have yet adequately to be addressed :

- An Agreement incorporating fundamental principles for the protection of intellectual property including the protection of product and process patents and of trade secrets is needed by industry. Trade secrets have been treated under the heading of "undisclosed information"; this term lacks precision.
- Industry will not accept abuse of compulsory licensing and working requirements. Adjudicated violations of competition law and declared national emergencies may be justified exceptions. Other conditions under which compulsory licences might be granted should be very narrowly defined.
- Intellectual property rights protections should apply to all areas of technology without discrimination, including pharmaceuticals and new technologies.

The industry is pleased to recognise that progress has been made towards resolution of the following issues :

- Provision of the necessary means for the enforcement of all forms of intellectual property rights both within countries and at their borders on a non-discriminatory basis.
- Developing countries should be given adequate periods of time to establish the necessary national laws and procedures.
- Acceptance of the GATT Dispute Settlement procedure for the resolution of disputes.
- Rights to adequate compensation for owners of intellectual property should be guaranteed whenever compulsory licences are imposed.

27 September 1990

TRADE-RELATED INVESTMENT MEASURES

CHEMICAL INDUSTRY COMMENTS ON THE CHAIRMAN'S REPORT

The chemical industry views trade-related investment measures (TRIMs) as a distortion of trade and a serious breach of GATT rules and principles. TRIMs prevent investors from conducting their business operations in the host country according to normal commercial considerations. It should also be recognised that TRIMs contribute to the deterioration of the investment climate of the respective host countries and discourage the transfer of technology.

The industry supports a TRIMs negotiation which successfully addresses and limits their trade restrictive and distorting effects. To establish effective disciplines a detailed and comprehensive TRIMs agreement is required. This agreement must be based on the fundamental principles of GATT, namely non-discrimination and transparency. The principle of most-favoured-nation treatment should also apply to all foreign investors. National treatment should be provided for all investors and importers. Transparency requires publication and notification to GATT of those TRIMs which contravene the agreement.

Although most present-day TRIMs violate Articles III or XI of the GATT, we do not believe that the normal Dispute Settlement procedure would provide a practical solution to these problems. Undistorted trade and investment flows can only be promoted if certain TRIMs are clearly prohibited. A list of prohibited TRIMs would demonstrate at once which measures were not to be tolerated within GATT. The following TRIMs, which the chemical industry is most concerned about, should fall within the prohibited category :

- local content requirements
- export performance requirements
- trade balancing requirements
- exchange rate requirements
- local manufacturing requirements
- product mandating requirements
- domestic sales requirements

We support the Chairman's proposals to discipline the remaining TRIMs through GATT Dispute Settlement procedure and also to develop further disciplines by a TRIMs Committee.

27 September 1990

CHEMICAL INDUSTRY VIEWS ON TARIFFS AND MARKET ACCESS

The chemical industry continues to believe that the tariffs negotiation is not the primary objective for the Uruguay Round, nevertheless reductions in chemical tariffs could be accepted in exchange for improved access for chemical products in world-wide markets.

The objectives for the tariff negotiations should be :

- Reduction of peak tariffs
- Rationalisation of tariffs where anomalies exist
- Harmonisation and removal of tariffs where this is practicable
- Binding of tariffs by LDCs and NICs.

The maximum participation by all sectors and Contracting Parties will be essential.

In addition, improved market access requires :

- Removal of non-tariff barriers, especially including import quotas and restrictive licensing on chemicals.
- Improved definition of non-preferential Rules of Origin based upon the Kyoto Convention.
- Greater precision in the text of GATT Articles (eg. Art. XI, XVIII) to limit the ability of Contracting Parties to restrict imports by resort to Tariff and Non-Tariff Measures including a system of notification.

27 September 1990

PRESHIPMENT INSPECTION OF CARGOES

CHEMICAL INDUSTRY COMMENTS ON THE CHAIRMAN'S REPORT

Preshipment inspection (PSI) of cargoes is a major issue for the GATT negotiating group on Non-Tariff Measures. The Contracting Parties of GATT have realized that especially the price control performed by PSI-agencies has become a significant barrier to trade. The major reasons for complaints by chemical exporters are :

- that exports and payments are delayed.
- that third parties have the ability to abrogate contractual agreements between exporters and importers.
- that PSI-agencies can divulge confidential business information.
- that there is no system of appeal against the findings of PSI-agencies.

The work of the negotiating group has already resulted in a draft agreement on PSI which provides comprehensive rules for mandating and exporting countries. The chemical industry welcomes this progress and supports the implementation of a GATT agreement on PSI. In order to fulfil its function as a workable legal basis for PSI the GATT agreement should cover the following fundamental issues :

- PSI-agencies should not be permitted to divulge confidential business information to any government or private party.
- Clear disciplines for timely inspection also require the liability of PSI-agencies for damages caused by delays.
- Price examination should not be based on comparison of export prices to third countries; and prices resulting from public tenders shall be accepted as market prices.
- The mode of transport freely agreed with the importer should not be questioned by the PSI-agency.
- Only user governments should be liable for remuneration of PSI-agencies.
- The independent review procedures, which are already provided for by the draft agreement, should be efficient, quick and enforceable. The review procedure should allow for damage claims by exporters.

27 September 1990

SAFEGUARDS

CHEMICAL INDUSTRY COMMENTS ON THE CHAIRMAN'S REPORT

The chemical industry strongly endorses the philosophy of the Chairman's report, namely to rely on multilateral control and action. Safeguard actions should be possible when an industry has been seriously injured by outside competition and has the potential to become competitive again or needs some breathing space in which to make structural adjustments.

Article XIX of the GATT was not intended and should never have been used to keep alive industries which could no longer compete. There should be a tight framework for Safeguard actions which would make it difficult for Contracting Parties to seek solutions outside the GATT. In general Safeguard actions should be taken on an MFN basis. Selective safeguard actions should be possible only in exceptional circumstances; they should be subjected to strict conditions and have a short, non-renewable time limit.

1. SAFEGUARD ACTIONS

While recognising the provision for selective safeguard actions, these actions should be allowed only in exceptional circumstances and only if compensation is paid. The following more stringent conditions should apply : -

- a. The time limit for selective actions should be shorter, i.e. 18 to 24 months than for erga omnes actions (36 months).
- b. Compensation should be paid or retaliatory measures allowed in cases of selective safeguard action.
- c. We consider a 6 month provisional application of selective action excessive and suggest either no provisional selective actions or that the time-limit be reduced considerably to one or two months.

As an alternative, all safeguard actions could be taken on an MFN basis with the possibility of delayed compensation.

2. QUOTA ALLOCATION (Modulation)

The industry always prefers the transparency offered by tariffs to that offered by quantitative restrictions; if quantitative restrictions are nevertheless contemplated then the Agreement should stipulate the reference period and how such quotas should be allocated.

3. TREATMENT OF DEVELOPING COUNTRIES

The chemical industry fully supports the aid programmes to developing countries used to establish viable industries, but strongly opposes the idea that such industries should be given immunity from safeguard action in those circumstances where it can be justified.

4. ELIMINATION OF EXISTING MEASURES

All existing 'grey-area' measures both those taken inside and outside of the GATT should be identified and phased-out according to a formal programme written into the Uruguay Round Agreement.

5. COMPOSITION OF THE SAFEGUARDS COMMITTEE

Independent industry experts should be included in the membership of the GATT Committee.

27 September 1990

SUBSIDIES AND COUNTERVAILING MEASURESCHEMICAL INDUSTRY COMMENTS ON THE CHAIRMAN'S REPORT

1. The industry welcomes improved rules to govern subsidies.

The remedies of Part I (Prohibited Subsidies), Part II (Actionable Subsidies) and Part III (Non-Actionable Subsidies) will only work if the dispute settlement system works. The reliance on multilateral control will only bear fruit if one of the most serious problems of the existing Subsidies Code, namely the boycotting of the dispute settlement mechanism by signatories, is solved.

2. The definition of prohibited subsidies is adequate. We agree that these subsidies should be prohibited per se without demonstration of "adverse effects".
3. The definition of actionable subsidy does not solve the conflict between "cost to government" versus "benefit to the recipient". This remains one of the most controversial issues and it should be solved once and for all in the present negotiations. Additionally, the term "financial contribution" deserves clarification.
4. It is necessary that a special "safeguard procedure" should exist to attack otherwise-exempted Part III subsidies in those instances where these subsidies do cause long-lasting adverse trade effects. Every effort should be made to minimise the trade-distortive effects of exempted subsidies.
5. We are concerned that the present draft text does not link the definitions of Parts I, II and III with Part IV (Countervailing Measures). This is the more disconcerting because Contracting Parties could interpret the term countervailable subsidies in Part IV in ways broader than the definitions used in Parts I, II and III and thereby distort the intentions of the Code.
6. The criteria for the calculation of the amount of the subsidy (Article XIV) should be based on the "benefit to the recipient".
7. The agreement should also provide for a simplified procedure in cases where countries avoid countervailing duties by withdrawing subsidies once an investigation is initiated - but immediately start granting a subsidy in a different form once the investigation has been terminated.

27 September 1990